

Protokoll der 18. Sitzung

vom 23. November 2009, 14.00 Uhr im Kantonsratssaal in Schaffhausen

Vorsitz Markus Müller

Protokoll Erna Frattini und Norbert Hauser

Entschuldigt

Franz Hostettmann, Florian Hotz, Thomas Hurter, Martin Kessler,
Jeanette Storrer, Nihat Tektas.

Traktandum:

Seite

1. Staatsvoranschlag 2010 (*Fortsetzung der Detailberatung
ab Volkswirtschaftsdepartement*)

814

Zur Traktandenliste:

Kantonsratspräsident Markus Müller (SVP): Wie mir signalisiert wurde, soll das Postulat Nr. 2009/6 von Stephan Rawyler in eine Interpellation umgewandelt werden. Dennoch wird die Angelegenheit nicht ohne Diskussion abgehen. Wir behandeln das Geschäft deshalb nach der Budgetdebatte, da ich keine Abendsitzung provozieren möchte.

*

1. Staatsvoranschlag 2010 (*Fortsetzung der Detailberatung ab Volkswirtschaftsdepartement*)

Grundlagen: Vorlage des Regierungsrates vom 8. September 2009
Vorlage der GPK: Amtsdruckschrift 09-76

Detailberatung**Volkswirtschaftsdepartement****2423 Arbeitsinspektorat/Aufsicht über das Messwesen
318.5053 Tripartite Kommission**

Matthias Freivogel (SP): Genau wie im Voranschlag 2009 sind jetzt Fr. 5'000.- eingesetzt. Die Rechnung 2008 hingegen schloss mit Fr. 28'154.- ab. Kann die Tripartite Kommission mit Fr. 5'000.- tatsächlich etwas Vernünftiges anfangen?

Regierungsrat Erhard Meister: Selbstverständlich. Die Tripartite Kommission erteilt quasi die Aufträge. Die paritätischen Kommissionen haben im Kanton Schaffhausen die Kontrollaufträge ans Arbeitsamt delegiert. Es werden nun nicht mehr sehr viele Sitzungen abgehalten, weshalb wir glauben, dass der Auftrag erfüllt werden kann.

Finanzdepartement**2504 Allgemeiner Personalaufwand**

Willi Josel (SVP): Die Zeit ist vorbei, wo es Goldverkäufe gab, die Zeit ist auch vorbei, zu der die Kantonalbank spezielle Ablieferungen getätigt hat. Die Finanzüberschüsse sind ebenfalls weg. Aber es ist eine andere Zeit da: die Zeit der Kurzarbeit, der Entlassungen und der Personalreduktion, denken Sie an BASF, Cilag und GF. Es gibt viele Langzeitarbeitslose, Betriebsschliessungen, Nullrunden in der Privatwirtschaft. Und der Kan-

ton hat einen Finanzierungsfehlbetrag. Er muss demzufolge Mass halten. Das gilt unseres Erachtens auch beim Personal.

Wir stehen zum Leistungslohn. In Position 301.1001 sind Spezialprämien für Mitarbeitende vorgesehen, die besondere Leistungen erbringen. Dagegen haben wir gar nichts einzuwenden. Aber es muss auch honoriert werden, dass der Kanton ein verlässlicher Arbeitgeber ist. Und er ist verlässlich, denn niemand wird entlassen und es gibt keine Kurzarbeit. Das ist eine Leistung des Kantons, die auch die Angestellten schätzen müssten.

Kein Gewerbetreibender, der weniger verdient, kann mehr ausgeben. Trotzdem will auch die SVP eine Zulage für das Personal, aber sie sagt: 1 Prozent ist sowieso zu viel, 0,7 Prozent sind auch nicht das Wahre. Wir beantragen Ihnen deshalb, die Lohnsumme sei um maximal 0,5 Prozent zu erhöhen. Das heisst, Sie würden mit Neuhausen mitgehen. Es heisst immer, der eine schaue auf den anderen. Tun Sie doch das Gleiche wie Neuhausen. Diejenigen, die gut arbeiten, erhalten etwas. 0,5 Prozent sind angesichts der heutigen Wirtschaftslage und der Zahlen, die der Finanzdirektor heute präsentiert hat, wahrlich genug.

Bernhard Müller (SVP): Ich muss namens der Gemeinde Thayngen klar festhalten: Es sollen bei uns in Thayngen vor allem die tieferen Gehälter angepasst werden. Dies muss aufgrund unserer Berechnungsmatrix gewährleistet werden. Wir wollen mit unserer einprozentigen Lohnerhöhung der Belegschaft klar signalisieren, dass wir mit ihrer Arbeit im Verlauf der ganzen Gemeindefusion wirklich sehr zufrieden sind. Wir mussten auch kein zusätzliches Personal einstellen. Es handelt sich also um einen Dank an die Mitarbeitenden.

Thomas Wetter (SP): Es ist an sich nicht üblich, dass ein Staatsangestellter zu diesem Thema spricht, aber keine Angst, Sie müssen mir auch keine Geburtstagsgeschenke machen. Sollte es eine Lohnerhöhung für das Personal geben, so werde ich davon nicht profitieren. Das hat mit unserem Lohnsystem zu tun.

Es werde kein Nationalbankgold mehr verteilt, sagt Willi Josel. Die EKS-Aktien sind auch verkauft. Als damals der Geldsegen über dem Kanton Schaffhausen niederprasselte, war das Personal auch nicht bei den besonders Begünstigten, sondern die Lohnerhöhung hielt sich in einem ganz moderaten Rahmen. Wenn wir von einem Leistungslohn sprechen – und es geht nur um einen Leistungslohn –, so wissen viele gar nicht recht, wie unsere Besoldungsstrukturen aussehen. Es hängt von der Positionierung im Lohnband ab, davon, wie alt man ist und ob man gute Leistungen erbringt. Wir sind es unseren jüngeren Mitarbeitenden schuldig, dass sie aufs neue Jahr hin etwas in der Lohntüte spüren. Die middle-

ren und die älteren Semester profitieren praktisch nicht, wenn die Lohnerhöhung auf 0,5 Prozent fixiert wird.

Es gibt diverse Branchen, in denen Lohnerhöhungen gesprochen wurden, bei den Bauarbeitern etwa 1 Prozent. Der Gewerkschaftsbund rechnet schweizweit – über alle Branchen – mit Lohnerhöhungen um rund 1,5 Prozent. Rund $\frac{2}{3}$ der Beschäftigten arbeiten auch in dieser schwierigen Zeit in Branchen, wo Gewinn gemacht wird. Wenn wir das Staatspersonal arbeitswillig und bei Laune halten wollen, müssen wir unseren jüngeren Mitarbeitenden eine Lohnerhöhung gewähren.

Die Beiträge an die Krankenkassen werden erneut massiv ansteigen und wir bezahlen Sonderbeiträge an die Kantonale Pensionskasse. Die Pensionskassenbeiträge sind generell im letzten Jahr stark angestiegen. Es wird viele Mitarbeitende geben – auch wenn wir 0,7 Prozent oder 1 Prozent auszahlen –, die unter dem Strich weniger haben werden.

Patrick Strasser (SP): Willi Josel hat Neuhausen angesprochen. Ich muss hier präzisieren: Die Gemeinde Neuhausen hat auf den 1. Januar 2009 allen ihren Mitarbeitenden den vollen Teuerungsausgleich (Stand: September 2008) gewährt. Der Kanton hat dies nicht getan. Deshalb ist ein direkter Vergleich nicht möglich. Die Basis für die Lohnentwicklung ist in der Gemeinde Neuhausen also eine andere.

Sabine Spross (SP): Die Regierung kam mit dem Antrag auf 1 Prozent in die GPK. Diese konnte den Antrag leider nicht unterstützen, weil sich die Kommissionsmehrheit für 0,7 Prozent aussprach. Ich erinnere Sie daran, dass der Antrag der Regierung auf 1 Prozent ein Kompromiss war, der parteiübergreifend und einstimmig im Regierungsrat gefällt worden war. Personalpolitik ist nichts Kurzfristiges. Die Krise ist da, dem ist sicher so, aber wir müssen eine langfristige Perspektive entwickeln und nicht das erste Mal, wenn es einmal etwas schlechter geht – 1 Prozent ist auch jetzt problemlos zu verkraften –, schon die Flinte ins Korn werfen und das Personal bluten lassen. Das halte ich nicht für den richtigen Ansatz. Der Kanton soll ein verlässlicher Arbeitgeber sein, das hat Willi Josel gesagt, nur interpretiere ich das anders als Willi Josel. Verlässlich ist man auch dann, wenn man selbst in schlechten Zeiten etwas gibt. Die Arbeit des Personals war in letzter Zeit immer sehr gut. Und Wertschätzung drückt man bei uns auch mit dem Lohn aus.

In der neuen Ausgabe der «Personal-Zeitschrift der Verwaltung des Kantons Schaffhausen» setzt sich Regierungsrat Reto Dubach für das Personal ein und er sagt, es verdiene Wertschätzung. Heute können wir Wertschätzung demonstrieren.

Kleine KMU mit 3 und 4 Personen, die nun Nullrunden fahren müssen, kann man nicht mit dem Kanton vergleichen. Dieser ist der grösste Ar-

beitgeber am Platz. Wir müssen uns also mit grossen Betrieben vergleichen. Die Cilag als Grossbetrieb gewährt auch 1 Prozent und muss sogar noch Personal abbauen. Berücksichtigen Sie auch diese Fakten in Ihrer Beurteilung. Der Kanton Schaffhausen – vergleichen Sie ihn mit den Kantonen Thurgau und Zürich – ist nicht auf dem vordersten Platz. Mit der Erhöhung um 1 Prozent können wir dafür sorgen, dass der Kanton Schaffhausen als attraktiver Arbeitgeber dasteht. Stimmen Sie dem Antrag der Regierung zu und bringen Sie dem Personal die Wertschätzung entgegen, die es verdient.

Regierungsrat Heinz Albicker: Als wir über die Löhne für das Personal diskutierten, wussten wir natürlich noch nicht, was alles auf der Lohnschiene in der Schweiz geschehen würde. Im Regierungsrat war aber von Anfang an klar und unbestritten, dass wir eine konstante Personalpolitik und auch eine konstante Lohnpolitik verfolgen wollen. Wir machen die Exzesse in der Privatwirtschaft – nach oben wie nach unten – nicht mit. Da hat Willi Josel Recht. Wir sprechen in unserer Firma nicht so rasch von Entlassungen und von Kurzarbeit, obwohl im Spital auch harte Massnahmen ergriffen werden mussten. Wir wollten die konstante Lohnpolitik auch in dieser negativen Phase weiterführen. Dieses Parlament wird nämlich kaum, wenn es der Wirtschaft wieder gut geht, so grosszügig sein und ebenso wie die Privatwirtschaft höhere individuelle Lohnerhöhungen sprechen. Der Regierungsrat hat in den letzten Jahren nie überbordert, er blieb immer bei 1 bis 1,2 Prozent. Die Teuerung konnten wir bis auf das Jahr 2008 jedes Mal ausgleichen. In der Zwischenzeit – September bis September – ist die Teuerung zurückgegangen, aber bereits im Oktober 2009 war sie um 0,6 Prozent höher als im September 2009. Das heisst, wir haben unserem Staatspersonal eigentlich die Teuerung bis auf 0,1 Prozent nicht ausgeglichen. Das ist die Krux der Teuerung: Man hinkt hinterher und gleicht 1 Jahr zu spät aus.

Per September haben wir eine Minusteuerung. Aber individuell möchten wir leistungsbezogene Lohnerhöhungen sprechen. Davon profitieren vor allem Mitarbeitende mit A- und B-Qualifikationen. Das haben wir im Rat bezüglich des neuen Personalgesetzes auch ausdrücklich festgehalten. Im alten Gesetz war der Stufenanstieg (0,8 bis 0,9 Prozent) in einer solchen Phase kein Thema; man hätte ihn gesprochen. Nach der Personalgesetzrevision haben Gott sei Dank wieder mehr Mitarbeitende Anspruch auf eine individuelle Lohnerhöhung. Deshalb erklärten wir auch, dass wir 1 bis 1,2 Prozent benötigten, denn es sollte niemand mit einer A- oder einer B-Qualifikation nicht weniger Lohnerhöhung als im alten System erhalten. Es kommt natürlich darauf an, wie viel Geld zur Verfügung steht, und da sind 1,2 Prozent besser.

Der Regierungsrat hätte sich auch anders orientieren können. Er hätte sagen können: Die Wirtschaftskrise hat sich noch verschärft, die Verhandlungen zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Verbänden sind sehr hartnäckig, und es gibt keine Lohnerhöhungen. Also hätte der Regierungsrat bestimmte Anträge in der GPK gestellt. Das tat er nicht. Natürlich gibt es Nullrunden. Aber wir haben die Entwicklung sehr genau verfolgt. Gut 100'000 Bauarbeiter erhalten im nächsten Jahr rund 1 Prozent mehr Lohn. Das Thurgauer Staatspersonal bekommt 1 Prozent mehr Lohn. Eine Studie besagt, dass in der Schweiz im Schnitt gut um 1,5 Prozent höhere Löhne gesprochen werden. Gemäss dem Centre d'études des projets économiques – es handelt sich um eine Umfrage bei 133 Unternehmen mit 345'000 Mitarbeitenden – geht die Erhöhung von 1 Prozent bis maximal 4 Prozent. Die Tendenz, gewichtet, liegt bei rund 1,04 Prozent. Die in diesem Bereich verlässlichste Studie ist die UBS-Lohnumfrage. Diese Umfrage wird seit Jahren durchgeführt. Im Jahr darauf wird dann getestet, ob sich die Umfrage gemäss dem Bundesamt für Statistik als zutreffend erwiesen hat. Die Abweichungen sind minimal, man kann sich auf die UBS-Prognosen also verlassen. 22 Sektoren sind betroffen, mehr als $\frac{2}{3}$ der aktiven Bevölkerung der Schweiz werden untersucht. Von 0 Prozent: Textil, Medien, Non-Food und Uhren, geht es auf 1,5 Prozent: Dienstleistungen für Unternehmen. Die meisten Sektoren haben 1 Prozent im Durchschnitt, weshalb auch die Regierung zu 1 Prozent stehen kann. All die, welche sich heute für eine tiefere Lohnerhöhung aussprechen, was ich durchaus auch verstehen kann, wären aber in der Zukunft, wenn die Privatwirtschaft höhere Lohnerhöhungen spricht, verpflichtet, die berechtigten Forderungen unserer Personalkommission und der Gewerkschaften zu erfüllen. Dann müssten 1,5 Prozent gesprochen werden. Da jedoch fehlt mir der Glaube, meine Damen und Herren. Deshalb sagt der Regierungsrat ganz klar: Konstante Lohnpolitik, wir ziehen 1 Prozent durch, auch wenn wir nun einmal 2 oder 3 schwierigere Jahre haben werden. Es ist auch schwierig, den Mitarbeitenden zu erklären, warum wir, wenn wir schon auf 2010 Steuersenkungen machen (Ausgleich der kalten Progression), quasi als Strafe eine tiefere Lohnerhöhung geben wollen. Unterstützen Sie bitte unseren Antrag und bleiben Sie bei 1 Prozent.

Stephan Rawyler (FDP): Mein Zentralverwalter hat einen Anschlag, auf dem steht: «Budgetieren ist die Kunst, die Unzufriedenheit gleichmässig zu verteilen.» Was wir gerade erleben, geht in diese Richtung. Alle glücklich zu machen ist ein Ding, das nicht möglich ist. Regierungsrat Heinz Albicker sagt zu Recht, dass die Inflation an sich ausgeglichen wurde. Von September zu September gibt es sogar nach wie vor eine Minuszahl. Die Inflation ist eigentlich überausgeglichen. Die Mehrheit der GPK hat

sich daher entschieden, Antrag auf 0,7 Prozent zu stellen. Es ist ein Mittelweg zwischen gar nichts und 1 Prozent und liegt natürlich sehr nahe beim ehemaligen Stufenanstieg von 0,8 Prozent.

1 Prozent ist keine feste Praxis, so alt ist das neue Lohnsystem ja noch nicht. Manifestiert sich 1 Prozent als Praxis, so muss man in diesem Rat dennoch das Recht haben, in besonderen Situationen einzugreifen und eine Reduktion vorzusehen.

Von welchen Zahlen sprechen wir? 0,1 Prozent sind Fr. 300'000.- wiederkehrend. Gehen wir vom Regierungsratsantrag zum GPK-Antrag, so sparen wir Fr. 900'000.- wiederkehrend. Bei 0,5 Prozent sind es noch Fr. 600'000.- dazu.

Es ist empirisch belegt, dass sich die Zufriedenheit am Arbeitsplatz nicht allzu sehr über den Lohn definiert. Die Lohnerhöhung hat ungefähr für 3 Wochen eine positive Wirkung. Es ist für mich als Arbeitgeber frustrierend, wenn ich das lesen muss. Ich wäre nämlich froh, wenn man mit dem Lohn die Motivation viel stärker steigern könnte. Die Zufriedenheit eines kantonalen Angestellten hat aber auch mit dem Bewusstsein zu tun, dass eine Arbeitsplatzsicherheit besteht. Das ist etwas wert. Auch die Lehrenden sind sehr gesucht und werden in den nächsten Jahren noch stärker gesucht werden. Sie sind bald eine Mangelware, vor allem die männlichen Lehrenden! Auch die Polizei hat Mühe, Leute zu rekrutieren. Hier müssen wir also gezielt eingreifen. Ich bin überzeugt, dass der Regierungsrat auch mit einer Lohnerhöhung um 0,7 Prozent gezielt die Personen mit überdurchschnittlicher Leistung bevorzugen und in ihrer Tätigkeit bestätigen kann, sodass sie auch in Zukunft weiterhin so gute Leistungen erbringen.

Wir haben in der GPK intensiv diskutiert und die verschiedenen Pro- und Kontra-Argumente sorgfältig abgewogen. 0,7 Prozent sind für die GPK die Balance der mittleren Unzufriedenheit, einerseits mit Blick auf das Budget, andererseits aber doch genügend, sodass unsere Angestellten tatsächlich die Wertschätzung weiterhin spüren. Ich empfehle Ihnen, beim Antrag der GPK zu bleiben.

Jürg Tanner (SP): Ein Wort zu Stephan Rawyler. Ich verfolge diese Lohngeschichte seit 25 Jahren. Die ersten 15 Jahre war ich im Staatsdienst angestellt, die letzten 10 Jahre hatte ich als Kantonsrat mit diesem Thema zu tun. Meine Zufriedenheit mit dem Lohn war nicht schlecht, sie war aber schon damals äusserst frustrierend, und zwar in einem Punkt: Sah der Kantonsrat in der Ferne dunkle Wolken aufziehen, gab es weniger oder gar keine Lohnerhöhung, wie Willi Josel es heute beantragt. Kam dann aber von Westen die helle Front und die Firmen liefen auf Hochtouren, so habe ich es dennoch nicht ein einziges Mal erlebt, dass Sie, meine Damen und Herren von der bürgerlichen Seite, gesagt hätten:

Ja, jetzt geben wir noch etwas mehr. Das meine ich, Stephan Rawyler. Wenn es gut läuft, kriegt man wirklich etwas mehr, läuft es schlecht, kriegt man halt etwas weniger. 15 Jahre habe ich diesbezüglich nichts gehört. Das führt zu Frustration. Immer wenn es gut läuft und in der Privatwirtschaft die Löhne steigen, immer wenn man selber kassiert, gibt man nichts. Und sind die Zeiten wieder schlecht, so sieht man bereits rot beziehungsweise schwarz. Ich möchte nicht wissen, Willi Josel, wie viel Sie im nächsten Jahr mehr verdienen. Es wird sicher mehr als 1 Prozent zusätzlich sein.

Werner Bächtold (SP), Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK): Es wirkt durchaus auch nicht motivierend für das Staatspersonal, wenn die Ausgaben immer steigen, besonders wenn man eine Familie hat. Die Krankenkassenprämien steigen und die Zusatzabgaben in die Pensionskasse schlagen ebenfalls zu Buche. Machen Sie nun die Rechnung und bleiben Sie – so hoffe ich doch – mindestens bei den 0,7 Prozent, so sehen Sie: Nicht alle erhalten die Lohnerhöhung und wer sie erhält, dem wird sie durch nicht beeinflussbare Kostensteigerungen weggefressen. Ich habe zwei Herzen in meiner Brust: mein eigenes und dasjenige des GPK-Präsidenten. Wo mein eigenes schlägt, wissen Sie. Dasjenige der GPK schlägt für diese 0,7 Prozent. Ich bitte Sie, die 0,7 Prozent nicht zu unterschreiten.

Kantonsratspräsident Markus Müller (SVP): Wir werden in einer ersten Abstimmung den Antrag der Regierung (1 Prozent) dem Antrag von Willi Josel (0,5 Prozent) gegenüberstellen. In einer zweiten Abstimmung wird der obsiegende Antrag dem Antrag der GPK (0,7 Prozent) gegenübergestellt.

Abstimmung

Mit 28 : 18 wird der Antrag von Willi Josel abgelehnt. Somit obsiegt der Antrag der Regierung.

Abstimmung

Mit 30 : 21 wird dem Antrag der GPK zugestimmt. Der Antrag der Regierung ist somit abgelehnt.

2504 Allgemeiner Personalaufwand 303.0100 Teuerungsausgleich auf Renten

Jakob Hug (SP): Ich glaube, dass nicht alle hier im Saal die jetzige Mechanik des Teuerungsausgleichs auf den Renten der ehemaligen kantonalen Angestellten verstehen. Es ist nämlich so, dass die in den letzten Jahren gesprochenen Teuerungsausgleiche jeweils nur ein Jahr lang wirksam waren.

Blicken wir in die Zukunft, so sind die Renten nach 20 Jahren nur noch etwa 70 Prozent wert. Langfristig rechnet nämlich auch die Kantonale Pensionskasse mit einer durchschnittlichen Teuerung von 1,5 Prozent pro Jahr.

Das heisst also, dass eine Rente beim heutigen Modus mit der jährlich befristeten Teuerungszulage real nur unwesentlich aufgebessert wird und dass somit nach 20 Jahren immer noch ein Verlust von 28 oder 29 Prozent besteht.

Übersetzt auf die Jahre 2008 bis 2010 sieht die Situation folgendermassen aus: Im Jahr 2008 wurde den Rentnern, die ehemals kantonale Angestellte gewesen waren, an die Teuerung ein Betrag von Fr. 537'958.- verteilt. Ende 2008 fiel der Betrag dann wieder weg.

Für das Jahr 2009 wurde der gleichen Rentnergruppe ein Betrag von Fr. 325'000.- an die Linderung der Teuerung bezahlt. Am Ende des Jahres 2009 fällt dieser Betrag ebenfalls wieder weg.

Wenn nun also, wie vorgesehen, für das Jahr 2010 kein Geld für die Teuerungszulage gesprochen wird, haben die Rentner im Jahr 2010 trotz faktischer Nullteuerung einen Realverlust von 1 Prozent auf ihren Renten zu erleiden.

Damit dieser Realverlust vermieden werden kann, stelle ich den Antrag, es sei in Position 2504.303.0100 ein Betrag in der Höhe von Fr. 380'000.- einzusetzen. Das entspricht etwa 1 Prozent.

Regierungsrat Heinz Albicker: Wir blieben auf der Linie unserer Aussagen, die wir für das Jahr 2008 gemacht hatten. Wir mussten schon von den Mitarbeitenden Sonderbeiträge verlangen und zugleich Arbeitgeberbeiträge im Umfang von 1,5 Prozent leisten, damit wir die Sanierung der Kasse nicht nur mit möglichen Kurssteigerungen an der Börse vorantreiben können. Wir sagten damals, wir nähmen, wenn sich die Situation bessere, auch den Teuerungsausgleich für unsere Rentner ins Budget auf. Das haben wir 2008 mit 2 Prozent getan. 2009 war es lediglich 1 Prozent, mit der Begründung, dass wir von den Mitarbeitenden wieder Sonderbeiträge verlangen mussten.

Heute dürften wir in der Pensionskasse einen Deckungsgrad von ungefähr 92 Prozent haben; das ist immerhin besser als Ende 2008, aber natürlich noch nicht so erfreulich – auch nicht für unsere Rentner auf der Tribüne. Wir dürfen aus dem geäußerten Indexfonds (rund 8 Millionen Franken) erst Teuerungsbeiträge an unsere Rentner ausrichten, wenn der Deckungsgrad der Pensionskasse 100 Prozent beträgt. Leider müssen wir davon ausgehen, dass dies 2009 und auch 2010 nicht der Fall sein wird.

Dieses Jahr mussten wir zusätzliche Arbeitnehmer-, aber auch Arbeitgeberbeiträge verlangen, um das stipulierte Leistungsziel überhaupt erreichen zu können. Deshalb war der Regierungsrat der Meinung, es sei 2010 den Rentnern kein Teuerungsausgleich auszurichten.

Rainer Schmidig (EVP): Wir haben für die Arbeitnehmer eine Lohnerhöhung um 0,7 Prozent beschlossen. Ich mache Ihnen deshalb im Namen der ÖBS-EVP-Fraktion beliebt, es seien auch für die Rentner 0,7 Prozent auszusprechen. Seit dem letzten Ausgleich der Teuerung sind für die Rentner 7,5 Prozent Teuerung aufgelaufen. Das heisst, wenn wir jetzt 0,7 Prozent ausgleichen, so sind immer noch 6,8 Prozent nicht ausgeglichen. Ich bitte Sie, mindestens auf 0,7 Prozent einzuschwenken.

Mein Antrag lautet: In Position 303.0100 sind Fr. 270'000.- einzusetzen.

Abstimmung

Antrag Hug (1 Prozent) / Antrag Schmidig (0,7 Prozent)

Mit 17 : 7 wird dem Antrag von Jakob Hug zugestimmt.

Abstimmung

Antrag GPK (kein Teuerungsausgleich) / Antrag Hug

Mit 28 : 22 wird der Antrag von Jakob Hug abgelehnt.

309.9200 Reka-Checks

Bernhard Müller (SVP): Eine Anmerkung: Die Gemeinde Thayngen bezahlt keine Reka-Checks.

2556 Zivilschutz / Zivile Leitungsorganisation

314.3020 Neubau Halle Oberwiesen

Jürg Tanner (SP): Im Kommentar steht: «Neubau Materialhalle Oberwiesen. Gemeinsam mit der Kant. Feuerpolizei.» Meiner Meinung nach leben wir nicht gerade in einer Krisenzeit, weder was die Vorsorge in Bezug auf Feuersbrünste, noch was kriegerische Ereignisse betrifft. Was hat ein Neubau dieser Grössenordnung im vorliegenden Budget zu tun, da man offenbar auch beim Personal ziemlich sparen muss?

Regierungsrat Heinz Albicker: Primär ist zu sagen, dass die Regierung bei der Erstellung des Budgets beim Personal nicht gespart hat.

Die Feuerwehr brauchen wir, damit sie Feuer löscht, und den Zivilschutz brauchen wir auch in Krisenfällen, etwa bei Überschwemmungen oder Stürmen. Die Leute müssen dafür und für noch viel mehr ausgebildet werden. Ich habe diese Position schon im Budget 2009 herausgestrichen, weil ich auch beim Sachaufwand besorgt sein musste, dass der gesamte Regierungsrat beim Sparen mithalf. Dieses Jahr aber konnte ich die Position nicht mehr guten Gewissens streichen, da die für die Übungen erforderlichen Geräte, insbesondere die grosse mobile Trainingseinheit Brandsimulator, sowie Fahrzeuge, die im Winter ungeschützt draussen stehen, unbedingt eine Unterbringung benötigen. Sonst haben wir grössere Abnutzungen und auch Defekte, was wiederum höhere Unterhaltskosten mit sich bringt. Deshalb habe ich diesem kleinen Bau – so teuer ist er mit Fr. 550'000.- ja auch nicht – zugestimmt. Das Geld können wir im Übrigen dem Fonds entnehmen, was die Rechnung also nicht belastet. Es ist eine gute Investition für 2 gut ausgebildete Institutionen im Bevölkerungsschutz.

40 Investitionsrechnung

4400 Beiträge an Meliorationen

566.1000 Staatsbeiträge an Bodenverbesserungen

576.0000 Bundesbeiträge für fremde Rechnung

an Bodenverbesserungen

Thomas Wetter (SP): Es geht hierbei um Staatsbeiträge an Bodenverbesserungen in der Landwirtschaft. Böden sind ein hoch komplexes Konstrukt, über Jahrtausende gewachsen. Die Fruchtbarkeit der Böden zu verbessern ist eine langwierige Aufgabe; sie basiert wahrscheinlich auf einer schonenden Bodenbearbeitung, auf einer intelligenten Fruchtfolge und auf einer massvollen Düngung.

Es werden sehr hohe Beiträge gesprochen. Für dieses Jahr wurden vom Bund und vom Kanton rund 1,8 Millionen Franken eingestellt, fürs kommende Jahr 1,3 Millionen Franken. Wozu genau werden diese hohen Beträge eingesetzt?

Regierungsrat Erhard Meister: Im Wesentlichen handelt es sich um Beiträge des Kantons an Bodenverbesserungsmassnahmen, die im Rahmen von Güterzusammenlegungen getroffen wurden. Gemäss dem eidgenössischen Meliorationsgesetz beteiligt sich der Bund an diesen Massnahmen, wenn auch der Kanton entsprechende Beiträge ausrichtet. Entwässerungsanlagen verwachsen und müssen periodisch erneuert werden. Es geht im Weiteren um den Unterhalt von Strassen. Verschiedene dieser Meliorationen liegen 30 bis 50 Jahre zurück. An den normalen Unterhalt dieser Strassen werden keine Beiträge geleistet. Grössere Erneuerungsarbeiten hingegen werden von Bund und Kanton mitsubventioniert.

Beinahe alle Gemeinden müssen im Rahmen ihrer Planung in den nächsten Jahren solche Erneuerungen vornehmen, weshalb der Betrag auch so hoch ist.

4350 Rheinfallprojekte 503.0020 Erwerb Liegenschaften

Peter Gloor (SP): Es geht um den Erwerb des Laufenareals. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Gemeinde Neuhausen einen Kredit über 1,4 Millionen Franken für das Areal aufgenommen hat und dieses nun dem Kanton für 1 Million Franken abgibt. Wie soll das funktionieren? Da sind doch beispielsweise Zinsen aufgelaufen.

Regierungsrat Reto Dubach: Die Verhandlungen mit Neuhausen sind am Laufen, es ist klar, dass wir im Budget den Verkaufspreis noch nicht beziffern können. Insofern haben wir es in dieser Position mit einer Summe zu tun, die durchaus unter- oder überschritten werden kann. Es ist auch nicht abschliessend behandelt, ob mit dieser Liegenschaft die Übernahme von Liegenschaften oder Grundstücken des Kantons durch Neuhausen verbunden ist. Es liegen interessante Grundstücke auf Neuhauser Gemarkung, die sich im Besitz des Kantons befinden und an denen Neuhausen durchaus Interesse haben könnte. Das ist noch Gegenstand der Verhandlungen.

Fakt ist: Es ist sinnvoll, wenn am Rheinfall die Eigentümerstruktur vereinfacht wird, auch im Hinblick auf die künftigen Herausforderungen.

WoV-Dienststellen

25 Finanzdepartement

Seite B 69

Indikator 8 Veranlagungen pro Steuerkommissär (selbständig Erwerbende)

Indikator 12 Veranlagungen pro Steuerkommissär (juristische Personen)

Jürg Tanner (SP): Mir fällt Folgendes auf: Diese Kommissäre müssen gleich viele Personen kontrollieren. In aller Regel, so stelle ich es mir als Laie vor, sollte es deutlich komplizierter sein, eine juristische Person zu kontrollieren (Bilanzen und so weiter). Diese juristischen Personen können sehr gross sein, denken Sie an GF, Bosch und SIG. Es können auch Holdinggesellschaften sein. Ich frage besorgt: Kann diese Aufgabe seriös erfüllt werden? Oder werden die Holdings quasi nicht kontrolliert, da sie sowieso nur noch den Bruchteil eines Promilles abliefern und am Schluss doch nichts in der Kasse ist?

Regierungsrat Heinz Albicker: In Bezug auf die Zahlen könnte man tatsächlich zu diesem Schluss kommen. Eine juristische Person ist nicht a priori deshalb, weil sie juristisch ist, eine komplizierte Firma. Es gibt kleine Aktiengesellschaften, GmbH und so weiter, die so schnell revidiert sind wie ein Selbstständigerwerbender. Bei Letzteren wiederum gibt es durchaus auch schwierige Fälle. Wir führen weder weniger noch bessere Kontrollen durch, sondern die Zahlen haben mit dem Mix der Kompliziertheit bei juristischen Personen und Selbstständigerwerbenden zu tun.

Rückkommen

2331 Hochbau

318.5021 Aufträge an Dritte

2333 Betrieb der Staatsliegenschaften

318.5000 Aufträge an Dritte

2334 Übrige Liegenschaften

318.5000 Aufträge an Dritte

Florian Keller (AL): Ich komme zum Schluss, dass da wirklich etwas nicht stimmt. Entweder muss man den Kommentar oder aber das Budget ändern. So, wie es hier zu lesen ist, ist es meiner Meinung nach falsch. Bei beiden Positionen wird im Kommentar darauf verwiesen, dass in ihnen ein Betrag aus einem anderen Konto enthalten sei. Dieses andere Konto hat existiert, und zwar bis und mit Budget 2009. Nun wurde es auf-

gehoben. Es hat die Nummer 2334.318.5000 und beläuft sich auf rund Fr. 60'000.-, die nun neu budgetiert werden. Es kann meiner Meinung nach nicht sein, dass man ein Konto auflöst und dieses Geld unter den obigen Positionen zwei Mal budgetiert und dies in den Kommentaren auch so darstellt! Das Geld ist in der Tat zwei Mal budgetiert. Entweder sind Fr. 60'000 zu viel budgetiert oder der Kommentar ist falsch. Eins von beiden muss zutreffen. Sagen Sie mir, der Kommentar sei falsch, so verzichte ich auf einen Antrag. Sagen Sie mir jedoch, der Kommentar sei richtig, so muss ich beantragen, diese Fr. 60'000.- seien zu streichen.

Regierungsrat Heinz Albicker: Unter 2331.318.5021 ist der Teil des Kommentars, der aufs Konto 2334.318.5000 verweist, zu streichen. Es ist nur der Kommentar zu streichen. Die Position setzt sich zusammen aus Fr. 290'000.- plus Fr. 50'000.- plus Fr. 50'000.- plus Fr. 40'000.- (total Fr. 430'000.-). Das entspricht in der Grössenordnung der Rechnung 2008. Die Fr. 60'000.- flossen tatsächlich in Position 2333.318.5000. Die Fr. 60'000.- wurden nur ein Mal transferiert.

Regierungsrat Heinz Albicker: Sie haben heute Hansruedi Fisler, dem Chefbuchhalter der Finanzverwaltung, nicht viel Arbeit beschert. Er durfte die Ausgaben um Fr. 20'000 für das Maklerhonorar reduzieren. Das führt zu einem neuen Defizit von Fr. 7'395'400.-. Die Zunahme der Nettoinvestitionen haben Sie nicht korrigiert. Es bleibt bei 35,4 Millionen Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad beläuft sich auf 25,4 Prozent. Grund dafür sind die Änderungen seitens der Regierung und der GPK.

Ich dachte, ich hätte heute Morgen mit meiner Power-Point-Präsentation alles klar herübergebracht. Aber nun ist bereits im Internet zu lesen: «Zur Finanzierung der Investitionen muss der Kanton 26,5 Millionen Franken neue Schulden machen.» Und zum Finanzplan heisst es: «Der Kanton muss 90 Millionen Franken aufnehmen.» Was hat die Person, die das geschrieben hat, während meiner Präsentation wohl getan? Wir müssen kein Geld aufnehmen, wir haben Reserven, Wälz Studer vom Radio Murot. Korrigieren Sie bitte Ihre Meldung.

Abstimmungen

- 1. Mit 52 : 0 wird der Voranschlag für das Jahr 2010 genehmigt.**
- 2. Mit 52 : 0 werden die Verpflichtungskredite bewilligt.**
- 3. Mit 52 : 0 werden die Verpflichtungskredite im Gesamtbetrag von 26 Mio. Franken zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt.**

4. **Mit 51 : 0 wird der Festsetzung des ordentlichen Steuerfusses auf 112 Prozent zugestimmt.**
5. **Mit 46 : 1 wird der Erhebung einer Rebsteuer von Fr. 1.- pro Are zugestimmt.**

*

Kantonsratspräsident Markus Müller (SVP): Wir müssen unsere Beratungen hier abbrechen, da Stephan Rawyler die Sitzung soeben verlassen musste. Sein Postulat kann deshalb heute nicht mehr beraten werden. Ich bin ein wenig irritiert und auch frustriert, aber es ist nun mal so. Und weil die Regierung in Bezug auf die kürzlich eingegangenen Vorstösse noch nicht für die Stellungnahme bereit ist, müssen wir die Sitzung vom 7. Dezember 2009 ausfallen lassen. Dies hat allerdings zur Folge, dass die Vorstösse erst im nächsten Jahr behandelt werden können. Das kann mir recht sein, denn so habe ich dann die Möglichkeit, bei der Behandlung dieser Geschäfte ebenfalls mitzudiskutieren.

Die Sitzung vom 14. Dezember ist Wahlsitzung und Schlussitzung zugleich. Sie wird von der traditionellen Chäschüechlipause unterbrochen, sodass höchstens 2 Geschäfte beraten werden können.

Werner Bächtold (SP): Mir ist nicht klar, weshalb das Postulat Rawyler jetzt nicht beraten werden kann. Meine Fraktion wäre bereit gewesen, das Postulat heute Nachmittag an erster Stelle zu beraten. Ich sehe nicht ein, weshalb das Postulat jetzt nicht drangenommen wird. Ich beantrage, das Geschäft sei noch heute zu behandeln.

Abstimmung

Mit 21 : 19 wird der Antrag von Werner Bächtold abgelehnt. Die Beratungen werden somit nicht fortgesetzt.

*

Schluss der Sitzung: 15.25 Uhr